

15.52

Bundesrätin Andrea Wagner (ÖVP, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher vor den Bildschirmen zu Hause und hier auf der Galerie! Wer hat das Folgende gesagt? Es ist Ihr Verantwortungsbereich, es ist Ihre Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien ihre Jobs in den Bundesländern behalten können. Dieser Regierung sind die Arbeitsplätze egal. – Wer hat das gesagt?

Es ist herauszufinden: Die SPÖ-Kollegen Kucher und Lindner haben das im Nationalrat gesagt. (*Ruf bei der SPÖ: Wann?*) Und wann haben sie das gesagt? – Im Nationalrat zu jenem Tagesordnungspunkt, währenddessen das Kraftfahrlineiengesetz einstimmig beschlossen worden ist. Sie haben da wahrscheinlich anderswo ein Haar in der Suppe gefunden. Ihre SPÖ-Kollegen haben von 200 Arbeitsplätzen gesprochen, die aufgrund der Schließung der AUA-Flugbasen in den Bundesländern auf dem Spiel stehen. Das steht aber nicht in der Verantwortung des Ministers. Wer schafft denn Arbeitsplätze? – Die Wirtschaft und nicht die Politik!

Und heute habt ihr, liebe SPÖ-Kollegen, eine Möglichkeit der Politik ausgelassen, Arbeitsplätze zu erhalten. Ihr als SPÖ habt mit eurem Nein heute das Schicksal von über 6 000 Arbeitsplätzen zu verantworten. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ. – Bundesrat Weber: Das war schon! – Bundesrätin Grimling: Wir sind bei TOP 5!*)

Es heißt also richtig: Die SPÖ übernimmt keine Verantwortung! (*Bundesrat Weber: Das ist zwei Punkte zu spät!*) – Ja, ich wollte das nur wiederholen, weil Ihre Kollegen im Nationalrat das auch bei diesem Tagesordnungspunkt gesagt haben. Die SPÖ übernimmt keine Verantwortung, und der SPÖ sind die Arbeitsplätze egal. Ich muss auch sagen, die SPÖ-Bundesräte kommen ihrer Aufgabe als Ländervertreter meines Erachtens nicht nach. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ. – Bundesrätin Grimling: Ach so, das ist also zum Thema! – Bundesrat Samt: Warum so hysterisch?*)

Ja, ich komme jetzt zur Tagesordnung, zu Punkt 5. Ihre Kollegen im Nationalrat sind auch vom Thema des Tagesordnungspunkts abgewichen. Ich wollte das hier nur noch einmal feststellen. (*Oh- und Aha-Rufe bei BundesrätInnen der SPÖ. – Ruf bei der SPÖ: Ah, so! Na dann!*)

Die Änderungen im Kraftfahrlineiengesetz sind heute der dritte Tagesordnungspunkt, der das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie betrifft, und der letzte Tagesordnungspunkt für heute. Es tut sich viel in diesem Ministerium. (*Bundesrätin Grimling: Haha! – Bundesrat Schabhüttl: Ach geh!*)

Im Wesentlichen geht es bei dieser Änderung, wie Kollege Krusche gerade ausgeführt hat, um drei Punkte: den Entfall der Ausstellung von Konzessionsurkunden im innerstaatlichen Bereich, Erleichterungen beim Haltestellenverfahren und Rufbusse nur im innerstaatlichen Bereich. Ich möchte daher jetzt auch gar nicht mehr näher darauf eingehen. (*Bundesrätin **Grimling**: Nein, eh nicht! Hast schon so viel **nicht** zum Thema gesagt!)*)

Der Verzicht auf die Konzessionsurkunden ist ein Schritt zur weiteren Entbürokratisierung. Zu den Erleichterungen im Haltestellenverfahren in Bezug auf den Lokalaugenschein ist zu sagen, dass damit auch Zeit gespart, Bürokratie abgebaut wird. Man muss sich das so vorstellen: Zu so einer Verhandlung werden insbesondere der Unternehmer, der Straßenbaulastträger, die Straßenaufsichtsbehörde, die Bezirksverwaltungsbehörde, im örtlichen Wirkungsbereich einer Bundespolizeibehörde auch diese und dann noch die Gemeinde geladen. Das ist also wahrscheinlich schon ein halber Bus voll.

Durch die Änderung kann nunmehr der Landeshauptmann oder in unserem Bundesland die Landeshauptfrau auf dieses Haltestellenverfahren verzichten, wenn die Haltestelle bereits vorher für den Kraftfahrlinienbetrieb eines Personenkraftverkehrsunternehmens genehmigt war. Das bedeutet also wie gesagt eine Zeit-, Geld- und Arbeitersparnis für Gemeinden und Behörden.

Ich möchte mich da beim Ministerium bedanken, dass es Schritte zum Bürokratieabbau einleitet. Ich weise aber gleichzeitig noch auf die Notwendigkeit einer Regelung zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum hin – Stichwort alternative Bedienungsformen.

In Niederösterreich wird derzeit der Konzessionsassistent eingeführt. Das ist ein Programm, das die elektronische Verwaltung von Linien- und Haltestellenkonzessionen ermöglicht und so diesbezügliche Verfahren und Prozesse erleichtert. Um diese Instrumente effizient einsetzen zu können, ist es zielführend, dass Konzessionsanträge elektronisch eingebracht werden. Weiters sollte die Darstellung des Linienvlaufes von Buslinien auch in Kartenform oder als GIS-Datensatz möglich sein. Es gibt also in jeder Hinsicht noch viele Herausforderungen.

Abschließend aber nochmals Danke für die Zustimmung zu dieser Novelle. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ. – Ruf bei der SPÖ: Bitte sehr!*)

15.57

Vizepräsident Dr. Magnus Brunner, LL.M.: Danke.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Mag. Elisabeth Grossmann. Ich erteile es ihr.